



| Vorstand

Alwin Boekhoff, IG Metall Vorstand, Ressort Operative Tarifpolitik  
Handwerk

## ***T*ransatlantic *T*rade and *I*nvestment *P*artnership – *TTIP***

***Was bedeutet und beinhaltet TTIP eigentlich und wie  
könnte sich das Freihandelsabkommen auf unsere  
Region auswirken?***

**Veranstaltung der Naturfreunde Bad Vilbel e.V.  
am 31.10.2016 im Bad Vilbel**



- ➔ Zielsetzung TTIP/CETA, Vorteile und das „Warum?“
- ➔ Bedeutung für Deutschland und Europa
- ➔ Ausgangsstrukturen Europa und USA, u. a. zu den Themen:
  - Regulierung Umwelt/Gesundheit
  - Arbeitsschutz
  - Schutzstandards, Schiedsverfahren
- ➔ Positionen IG Metall/DGB und KMU Initiative
- ➔ Aktueller Stand TTIP und CETA
- ➔ Bedeutung für die Region Wetterau und Main-Kinzig-Kreis an Hand von Beispielen aus Handwerk/KMU, Landwirtschaft und natürlich für die Arbeitnehmer/Verbraucher



- ➔ Beseitigung bestehender **tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse** zwischen den USA und Europa

**Tarifäre Handelshemmnisse: Zölle**

**Nicht-tarifäre Handelshemmnisse:** administrative Hemmnisse bei der Einfuhr, Qualitätsanforderungen und Etikettierungspflichten

- ➔ Harmonisierung technischer Standards: Einigung auf gleiche technische Standards und/oder gegenseitige Anerkennung
- ➔ bei zukünftigen Regulierungen soll eine Angleichung durch Transparenz und Kooperation erreicht werden („living agreement“)
- ➔ Öffentliches Beschaffungswesen (Vergabewesen)
- ➔ Investitionsschutzkapitel
- ➔ Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs



## ➔ **C**omprehensive **E**conomic and **T**rade **A**greement (CETA)

**Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kanada**

**Im Wesentlichen die selben Verhandlungsbestandteile wie bei TTIP:**

- **Beseitigung tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnisse**
- **Öffentliches Beschaffungswesen (Vergabewesen)**
- **Investitionsschutzkapitel**
- **Liberalisierung des Dienstleistungsbereichs**

***Problematisch: Negativlistenansatz, alle Bereiche, die nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind, werden liberalisiert. Wenn ein Bereich liberalisiert wurde, kann dies später nicht mehr zurückgenommen werden – “Ratchet Clause”.***



Dienstleistungsbereiche, die weiter liberalisiert werden, könnten den **beiderseitigen** Marktzugang erleichtern für US-amerikanische Anbieter in Europa sowie für EU-Anbieter in den US-Bundesstaaten:

Banken,  
Versicherungen,  
Medienkonzerne,  
Informationstechnik,  
Wirtschaftsberatung,  
Unternehmensnahe Dienstleistungen

**Gesundheit,**

**Bildung,**

**Transport,**

**Telekommunikation,**

**Wasser,**

**Energie,**

**Entsorgung,**

...

## „Öffentliche Daseinsvorsorge“

umschreibt die staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Leistungen – die so genannte Grundversorgung (u. a. Wasser, Schule, Energie).

In den vergangenen Jahrzehnten mehrfach privatisiert, teilweise wieder zurückgeholt von den Kommunen. Die Abgrenzung dessen, was zur „öffentlichen Daseinsvorsorge“ gehört, ist in den Handelsabkommen nicht eindeutig geklärt.

Nach unserer Auffassung dürfen Gemeinwohlverpflichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährdet werden!

# Befürworter behaupten gerne, nur wegen tarifärer Handelsbeschränkungen – Zölle



| Vorstand

**Machen Sie sich selbst ein Bild!!**

- ➔ Der Durchschnitt der **Zollbelastungen** von Industriegütern beim Import in die USA und in die EU beträgt ca. 2,8 Prozent des Preises.
- ➔ Tarifäre Importschranken **für Importe in die EU** sind am höchsten in der Bekleidungsindustrie (10,1 Prozent), Textilien (6,3 Prozent) und bei Kraftfahrzeugen und Fahrzeugteilen (8,1 Prozent).
- ➔ Tarifäre Importschranken **für Importe in die USA** sind am höchsten in der Bekleidungsindustrie (8,8 Prozent), Lederprodukten (7,1 Prozent), Erdöl und Kohle-Produkte (6,6 Prozent) and Textilien (5,2 Prozent).

# Von Protagonisten erhoffte Wirkungen des Abbaus der Handelshemmnisse



| Vorstand

**Abbau der tarifären und nicht-tarifären Handelshemmnisse senkt die Kosten**

  
**Preise sinken**

  
**Nachfrage steigt**

  
**Beschäftigung und Produktion steigen**

**Auch denkbar oder steckt nicht in Wirklichkeit dahinter:**

**Gewinnmarge steigt, Gewinne werden ausgeschüttet oder reinvestiert, wenn investiert wird, aber nur an welchen Standorten?**

# Für einen ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Welthandel!



| Vorstand

- Kaum ein anderes Land profitiert in vergleichbarer Weise vom Handel mit industriellen Produkten wie Deutschland.
- Mittlerweile werden Waren und Dienstleistungen im Wert von mehr als 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Deutschlands exportiert.
- Der Export sichert in hohem Maße Wohlstand und Beschäftigung.

**Das darf aber kein Freibrief für die Beseitigung aller vermeintlichen „Hemmnisse“ und damit auch wichtiger Schutzstandards im globalen Handel sein!**

- Die Abschaffung von Handelsbarrieren erhöht auch den Wettbewerbsdruck und gerade der Arbeits- und Sozialstandards.
- *Daher will die **IG Metall** Einfluss nehmen. Freihandelsabkommen nur dann, wenn zusätzlicher Wohlstand auch weiteren Bevölkerungen zugute kommt, wirtschaftliche, soziale und ökologische Standards verbessert sowie faire Wettbewerbs- und gute Arbeitsbedingungen geschaffen werden.*

# Ökonomische Bedeutung der USA aus deutscher Perspektive

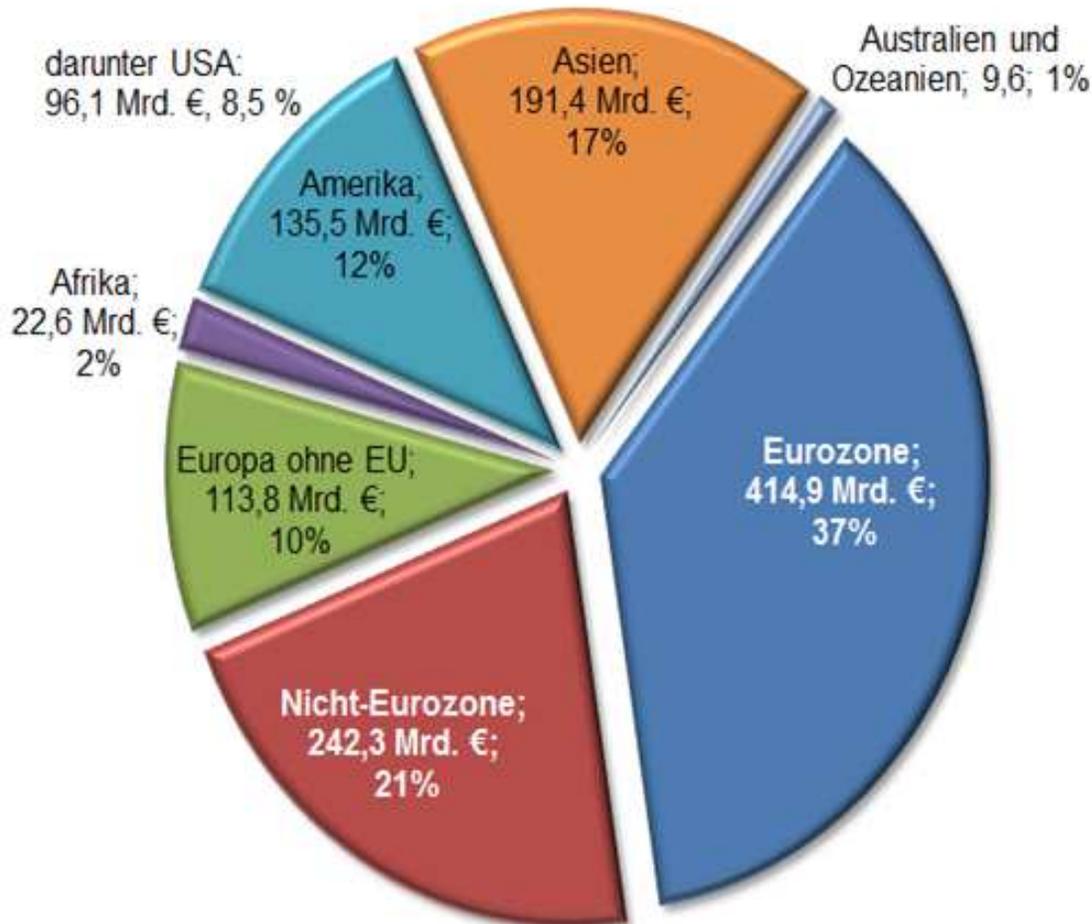


| Vorstand

## Deutsche Ausfuhren nach Ländergruppen 2014

Anteile in Milliarden Euro und Prozent

Im Jahr 2014 verteilten sich Exporte im Wert von **über 1,1 Billionen Euro** auf folgende Ländergruppen:



Die USA (96,1 Mrd. Euro) waren 2014 nach Frankreich (102,1 Mrd. Euro) der zweitwichtigste Exportpartner Deutschlands.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Exporte von Waren, Spezialhandel

Grafik: IG Metall, FB Grundsatzfragen

# Grundsätzliche Unterschiede in der Regulierung in den Bereichen „Umwelt“ und „Gesundheit“



| Vorstand

➔ Europäische Union:

**„Vorsorgeprinzip“**

Jedes Produkt muss im Vorhinein überprüft werden. Ein ungeprüftes Produkt kann nicht zum Konsumenten gelangen.

Beispiel aus dem Bereich der Chemie: **REACH** (Europäische Verordnung zur Registrierung, Bewertung Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe – EG/1907/2006)

Wer einen Stoff in den Verkehr bringen will, muss nachweisen, dass von diesem Stoff keine Gefahren für Mensch und Umwelt ausgehen.

Wer Stoffe in den Verkehr bringen will, ist nach REACH zudem verpflichtet, ein Sicherheitsdatenblatt zu führen, das Benutzer unter anderem über Zusammensetzung und Eigenschaften des Stoffes sowie die richtige Handhabung informiert.

# Grundsätzliche Unterschiede der Regulierung in den Bereichen „Umwelt“ und „Gesundheit“



| Vorstand

➔ USA:

„Nachsorge-“ bzw. „Risikoprinzip“

**Aktuelle Debatte zum Verbot / zur Regulierung von Fracking!**

Ein Stoff ist grundsätzlich erlaubt und wird erst verboten, wenn seine Risiken bewiesen sind.

In den USA **Toxic Substances Control Act**: Chemikalienrecht, wonach die Umweltbehörde Tests von einem Hersteller verlangen **kann**, wenn es Anhaltspunkte für Risiken gibt. Anders als in Europa können Hersteller beantragen, dass Informationen über Tests, Einsatzgebiete und Gefahren als "vertrauliche Geschäftsinformation" nicht veröffentlicht werden müssen.

Aus REACH ergibt sich z. B. teilweise eine Kennzeichnungspflicht für **Nanomaterialien** (Chemische Stoffe/Materialien, die nur in begrenztem Maße hergestellt und verwendet werden dürfen)

In USA gibt es keine Kennzeichnungspflicht für **Nanomaterialien**.



## Betrieblicher Arbeitsschutz

- Nach Auffassung der gesetzlichen Unfallversicherung dürfen sowohl EU-weite als auch nationale **Regelungen zu Sicherheit und Gesundheit im Betrieb weder zur Verhandlung stehen, noch Anlass für eine Klage im Rahmen des Investor-Staat-Streitbeilegungsverfahrens sein. ...**
- Bei einer Angleichung von Regelungen zum betrieblichen Arbeitsschutz auf transatlantischer Ebene wäre darüber hinaus **zu erwarten, dass betrieblicher Arbeits- und Gesundheitsschutz auf das Minimum reduziert wird, auf das sich die transatlantischen Partner einigen könnten.** Dies gilt besonders auch für alle durch die nationalen Umsetzungen der EU-Arbeitsschutz-Rahmenrichtlinie in die nationale Gesetzgebung erstellten staatlichen Regelwerke. ...
- In jedem Fall wäre zu erwarten, dass die **Sozialpartner in der gesetzlichen Unfallversicherung kaum noch Einfluss auf den Inhalt von Regelungen zu Sicherheit und Gesundheit im Betrieb hätten.** Gleiches gilt auch für Bund und Länder. Dies würde nicht nur dazu führen, dass das Niveau bei Sicherheit und Gesundheit im Betrieb reduziert, sondern Regelungen auch praxisferner würden und in den Betrieben nicht mehr akzeptiert wären. ...

Quelle: [http://www.dguv.de/medien/inhalt/presse/2014/Q2/position\\_dguv\\_ttip\\_de.pdf](http://www.dguv.de/medien/inhalt/presse/2014/Q2/position_dguv_ttip_de.pdf)

# Wer hat die „besseren“ Standards?



| Vorstand

- ➔ Grundsätzlich kann man nicht sagen, die europäischen oder die amerikanischen Standards seien *in allen Bereichen* besser oder schlechter!
- ➔ Es gibt teilweise (bereits) strengere Vorschriften auf dem amerikanischen Markt (z. B. auf dem Finanzmarkt: Banken müssen Privatkunden- und Spekulationsgeschäft trennen - „Vocker-Rule“; 2013 -, dürfen weniger mit riskanten Finanzprodukten handeln und müssen mehr Eigenkapital vorhalten).
- ➔ Geschlachtete Hühnchen werden in den USA durch ein abschließendes Chlorbad von möglichen Salmonellen befreit. In Deutschland ist es üblich, bei der Aufzucht von Geflügel in der Massentierhaltung Antibiotika einzusetzen, um Erkrankungen vorzubeugen.
- ➔ Die Standards sind anders!

# Welche Risiken bestehen?

## Investitionsschutz



| Vorstand

- ➔ **Investitionsschutzkapitel (Schutz ausländischer Investoren/Investitionen vor entschädigungsloser Enteignung). Investitionsschutz regelt völkerrechtlich verbindliche Standards zur Behandlung ausländischer Investoren / Investitionen**
  
- ➔ **Schutzstandards:**
  - **Nichtdiskriminierung**
  - **„Gerechte“ und „billige“ Behandlung**
  - **Entschädigung bei direkten und „indirekten“ Enteignungen**
  
- ➔ **Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS)**
  - **Direktes Klagerecht des (ausländischen) Investors gegen Gaststaat vor einem gebildeten Schiedsgericht**
  - **Verzicht auf innerstaatlichen Rechtsweg im Gastland**
  - **Rechtsfolge: Schadensersatz**

# Welche Risiken bestehen?

## Investitionsschutz



| Vorstand

### ➔ Bekannter Streitfall in Deutschland:

- **2012 Klage von Vattenfall gegen Verkürzung der Laufzeiten von Atomkraftwerken (Streitwert bis zu 3,7 Mrd. Euro);** zusätzlich: Verfassungsbeschwerde vor dem BVerfG; Ausgang offen

### ➔ Bekannte internationale Streitfälle:

- **Klage eines französischen Investors (Veolia) gegen Ägypten:** Die Stadt Alexandria hatte Veränderungen des Vertrags verweigert, mit denen Veolia höheren Kosten begegnen wollte (unter anderem: Erhöhung eines Mindestlohns; Schadensersatzforderung: 82 Mio. Euro).
- **Lone Pine verklagt über eine US-Niederlassung in Kanada seine eigene Regierung,** weil die Provinz Quebec ein Fracking-Moratorium erlassen hat. Forderung: Entschädigungen in Höhe von 250 Millionen Dollar für den zu erwartenden Gewinnausfall.
- **Bereits 2013 gab es von Konzernen 57 bekannte Klagen, davon 27 Verfahren gegen Industriestaaten!**



- **Umfassende demokratische Beteiligung und Kontrolle durch die Parlamente und die Zivilgesellschaften,**
- **klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Beschäftigtenrechten sowie von Sozial- und Umweltstandards und keine Behinderung von sozialen und ökologischen staatlichen Regulierungen,**
- **eine Garantie dafür, dass für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens dieselben Arbeitsstandards und –rechte gelten, wie für andere Beschäftigte im Zielland**
- **Keine weitere Liberalisierung oder Privatisierung, insbesondere öffentlicher Dienstleistungen**
- **Keine Regelungen zum Investitionsschutz, die zu einer Beeinträchtigung von Arbeitnehmerrechten, Umweltschutz führen oder die Möglichkeiten des nationalen Staates einschränken im öffentlichen Interesse sinnvolle Regelungen zu treffen.**



- Die USA und die Europäische Union verfügen über **fortgeschrittene Rechtssysteme**, die Investoren einen umfassenden Rechtsschutz bieten. *Deswegen benötigen die Handelsbeziehungen zwischen den USA und der EU kein Investitionsschutzabkommen, das ihnen das Recht einräumt Staaten vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen.*
- Wir sehen es als **unabdingbare Voraussetzung** für die Weiterentwicklung der Handelsbeziehungen mit den USA an, dass **alle Kernarbeitsnormen und weitere von der IAO so klassifizierten „bedeutenden“ Arbeitsnormen (up-to-date-standards) ratifiziert und umgesetzt werden müssen.**

Die Handelsbeziehungen mit den USA gründen damit auf der Agenda für menschenwürdige Arbeit („decent work agenda“) der Internationalen Arbeitsorganisation.

# Erklärung Automobilausschuss der IG Metall vom 16.09.2016



| Vorstand

- ➔ **Soziale, ökologische Standards sind durch verbindliche und demokratische legitimierte Regeln zu schützen.**
- ➔ **Arbeitnehmerrechte, internationale Arbeitsnormen, Gesundheitsschutz und die freie Betätigung von Gewerkschaften müssen Bedingung sein.**
- ➔ **Die öffentliche Daseinsvorsorge/Vergabe muss ebenfalls geschützt werden. Tariftreueregelungen müssen festgeschrieben werden.**
- ➔ **Investorenschutz muss verbindlich eingegrenzt werden.**
- ➔ **Transparente, faire und soziale Wettbewerbsbedingungen müssen verbindlich durchgesetzt werden.**
- ➔ **Transparente nachvollziehbare Verhandlungen unter Einbeziehung der Öffentlichkeit.**

**Die USA Verhandler, sind bis heute nicht bereit dazu Kompromisse einzugehen, daher wird TTIP in der jetzigen Form von der IG Metall abgelehnt**



- **„IndustriAll Europe kann sich nicht von internationalen Handelsströmen abschirmen, aber Globalisierung und internationaler Handel müssen auf eine sozial verantwortungsbewusste Art und Weise bewältigt werden. Die Globalisierung darf keine Gelegenheit bekommen, Europas sozioökonomisches Modell zu unterminieren, ArbeitnehmerInnen in eine Notlage zu bringen und die Ungleichheit weltweit zu verstärken.“ Manifest für mehr und bessere Arbeitsplätze in der europäischen Industrie, industriAll Europe (2014)**



- ➔ Ziel der Arbeitsgemeinschaft u. a. Aufklärung, Auswirkungen über die Gefahren von TTIP für KMU Betriebe.

**Nicht grundsätzlich gegen Freihandel bzw. einen gemeinsamen Markt, aber:**

- ➔ Normen sollten durch einschlägige unabhängige Institutionen (ISO) festgelegt werden.
- ➔ Standards im Rahmen der sozialen, ökologischen Präferenzen der nationalen Länder festgelegt werden.
- ➔ Gegenseitige Anerkennung von Richtlinien ist auch ohne TTIP möglich.
- ➔ Meisterbrief muss erhalten bleiben.
- ➔ In erster Linie profitieren Konzerne/Lobbygruppen von TTIP. KMU wird Bauernopfer bzw. Verhandlungsmasse.
- ➔ Teilweise gleichen sich Positionen, u. a. bei Arbeitsplätzen, Arbeitsschutz und Transparenz, wie bei anderen Organisationen gegen TTIP



**CETA ist erst am Sonntag, 30.10.2016 von Kanada und Europa nach folgenden weiteren Kompromissen unterzeichnet worden.**

- Belgien wird vor Europäischem Gerichtshof die geplanten Schiedsgerichte überprüfen und sollten die geplanten Sonderklagerechte für Konzerne erhalten bleiben, kann Belgien ein Veto einlegen und aussteigen.**
- Das Bundesverfassungsgericht hat nur unter harten Auflagen der deutschen Bundesregierung erlaubt CETA zuzustimmen. U. a. muss die BRD die Möglichkeit haben, wieder auszusteigen. Das Urteil des Hauptverfahrens muss abgewartet werden.**
- Bundesverfassungsgericht: Investorenklagen von Konzernen darf es bis zur Ratifizierung aller EU Mitgliedsstaaten (Regierungen) nicht geben. Das kann noch Jahre dauern.**

**Persönliche Bewertung: Ein großer Erfolg der TTIP/CETA Gegner und der 125.000 Klägerinnen in Karlsruhe. Aktiv sein und Engagement zeigen, bringt Erfolg!!!**

# Bedeutung für die Region: Gefahren Landwirtschaft und Biobauer



| Vorstand

- ➔ **Einfuhr gentechnisch erzeugter Lebensmittel**
- ➔ **Aufweichung der Kennzeichnungspflicht bei Lebensmitteln**
- ➔ **Wettbewerbsnachteile der regionalen Landwirtschaft, Kleinbauern und Biobauern gegenüber der mächtigen Agrarindustrie der USA. Weiteres „Sterben“ unserer Landwirtschaft wird die Folge sein.**
- ➔ **Weitere Qualitätsverluste u. a. bei Fleisch, Pflanzen, Gemüse, Obst und Futtermittel**
- ➔ **Standards und „erkämpfte Rechte“ für die Haltung von Tieren wird wieder zurück gedrängt werden.**
- ➔ **Bioprodukte und Fair Produkte, die sich gerade einen Markt geschaffen haben, werden es noch schwerer haben sich auf dem Markt zu behaupten**



# Bedeutung für die Region: Gefahren Handwerk/KMU und Dienstleistungen

- ➔ Regional ausgerichtete Handwerksbetriebe werden weiter verdrängt bzw. können nicht mithalten mit der Großindustrie/Firmen aus den USA
- ➔ Regionale Wertschöpfungsketten im Handwerk werden durchbrochen durch Bevorzugung von weiteren Großunternehmen/ US Firmen. Zum Beispiel Anbieter von regionalen Produkten für die Industrie, den Großhandel
- ➔ Amerikanische Produkte kommen verstärkt auf den Markt
- ➔ Die noch 41 geschützten Gewerke mit Meisterbrief sind in Gefahr. Ohne Meisterbrief können dann Firmen Leistung anbieten.
- ➔ Qualität der Handwerkerleistung und/oder Produkt wird abgebaut
- ➔ Umweltschutz-, Arbeitsschutz- und Arbeitssicherheitsbedingungen werden eingeschränkt
- ➔ Abbau von Arbeitsplätzen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen werden die Folge sein



**Amerikanische Firmen können sich bewerben neben den bisherigen europäischen Firmen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen der Gemeinden, Städte und Länder u. a. bei**

- ➔ Grundversorgung Wasser, Abwasser, Grünanlagen**
- ➔ Energie**
- ➔ Müllabfuhr**
- ➔ Beratungen, Bauten, technische Einrichtungen, weitere Handwerkerleistungen.**

**Dadurch sind Tarifstandards für Arbeitnehmer, Gewinnmargen und Überleben der regionalen mittelständischen Unternehmen stark gefährdet.**

**Den Schaden trägt dann wohlmöglich auch der Verbraucher mit (Beispiel Stadt London)**

# Bedeutung für die Region: Gefahren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



| Vorstand

- ➔ **Tarifliche bisherige Arbeitsbedingungen und Tarifentgelte werden durch TTIP (durch den zusätzlichen Wettbewerb aus USA) abgebaut werden, wenn die Rechte nicht anerkannt werden.**
- ➔ **Arbeitsplätze im Handwerk, Industrie und Dienstleistung werden abgebaut bzw. stehen in Frage. (Bisher haben die Beispiele in anderen Ländern beim Freihandelsabkommen immer gezeigt, dass insgesamt mehr Arbeitsplätze abgebaut, anstatt geschaffen wurden.)**
- ➔ **Unser duales Ausbildungssystem würde durchlöchert werden**
- ➔ **Meisterbrief steht für Gesellen, die sich weiterbilden und qualifizieren wollen in Gefahr**
- ➔ **Arbeitsschutz, Arbeitssicherheitsmaßnahmen werden nicht gehalten werden können**

# Bedeutung für die Region: Gefahren für den Verbraucher



| Vorstand

➔ **Vorteile u. a.: Billig, billig, billig und noch mehr US amerikanische Waren und Bedingungen!!!!**

**Wollen wir dass? Auch wenn es bedeutet:**

➔ **Qualitätsverluste bei Lebensmittel und anderen Produkten**

➔ **Umweltschutzbedingungen werden nicht gehalten werden können**

➔ **Gentechnik**

➔ **Steuererhöhungen wegen Kosten für Schiedsverfahren (Klage Konzerne)**

➔ **Einschränkung Tierschutz und deren Haltung**



## Entscheiden Sie selbst:

- ➔ Ist uns **Billig, billig, Abbau von Zöllen** und noch mehr **Freihandel** so wichtig oder verzichten wir gerne auf diese „Vorteile“ zum Wohle von:
- ➔ **Qualität von Lebensmittel und weiterer Produkte**
- ➔ **Umweltschutz**
- ➔ **Gute tarifliche Arbeitsbedingungen**
- ➔ **Lebenswertes Leben für Mensch und Tier**
- ➔ **Erhaltung unserer deutschen regionalen und mittelständischen Strukturen sowie unserer Handwerksstrukturen**
- ➔ **Und, und, und...**

**Ich verzichte gerne auf diese Vorteile von TTIP (heutiger Verhandlungsstand) und kämpfe daher weiter für einen fairen, umweltfreundlichen und gerechten Freihandel, welcher unsere Bedingungen schützt und unsere KMU erhält.**

**Und Sie???**